DEUTSCHE TELEKOM

Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen ein

Die Bonner Staatsanwaltschaft hat das Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Telekom-Aufsichtsratschef Hans-Dietrich Winkhaus vergangenen Mittwoch eingestellt. Die ursprünglichen Verdachtsmomente der Untreue, heißt es in der 29-seitigen Begründung, hätten sich im Zuge der Ermittlungen nicht bestätigt. Die Bonner Staatsanwälte hatten auf Grund einer Strafanzeige der beiden Stuttgarter Anwälte Mark Binz und Martin Sorg unter anderem wegen des millionenschweren Aktienoptionsprogramms der Telekom aus dem Jahr 2001 und der Anhebung der Vorstandsbezüge um „52 Prozent“ ermittelt. Auch die Abfindung für Ex-Telekom-Chef Ron Sommer in Höhe von rund elf Millionen Euro war Gegenstand des Verfahrens. In allen genannten Fällen, heißt es, habe sich kein Anhaltspunkt für eine strafbare Handlung des Aufsichtsrates ergeben. Das Gremium habe mit den Anhebungen der Bezüge die ihm in seinem „Geschäftsbereich gezogenen Grenzen“ nicht missachtet. Auch formell seien die Beschlüsse korrekt, zumal auch die Zahlung an Ex-Chef Sommer auf den ihm zuvor zugesicherten vertraglichen Leistungen basiere. Wie bereits im Mannesmann-Verfahren wollen die Anwälte Beschwerde gegen die Einstellung einlegen.

GUIDO OHLENBOSTEL/ACTION PRESS

Winkhaus

SCANPIX / ACTION PRESS

Ericsson-Zentrale in Stockholm

ERICSSON

Schmiergelder für Osteuropa und Libyen?

In den Ermittlungen der Schweizer Justiz gegen den schwedischen Telekommunikationskonzern Ericsson führen die Spuren nach Osteuropa und in den Nahen Osten. Nach Informationen aus Fahnderkreisen flossen die angeblichen Schwarzgelder in Höhe von insgesamt rund 550 Millionen Schweizer Franken zum Teil an Personen und Firmen in Bulgarien, Polen und Slowenien. Daneben gingen vermutlich Gelder an einen Berater, der für Ericsson den libyschen Markt bearbeitet. In allen vier Ländern ist Ericsson seit längerer Zeit tätig. Beispielsweise erhielten die Schweden 1999 in Polen den Auftrag für den Bau eines Mobilfunknetzes. In Slowenien konnte Ericsson im Jahr 2000 einen Vertrag für ein UMTS-Netz abschließen. Die Ermittler schließen nicht aus, dass bei diesen Geschäften über die Schweiz Schmiergelder geflossen sein könnten. Zumindest liegt den schwedischen Behörden die Aussage eines Managers vor, die diese Vermutung stützt. Die Zahlungen liefen über ein Netzwerk von rund 30 Beratungsfirmen, Drahtzieher war ein Zürcher Anwalt. Die Konten wurden bei der Großbank UBS geführt, die den Schweizer Behörden im vergangenen Frühjahr einen entsprechenden Hinweis gab. Bei Ericsson will man die Einzelheiten der Affäre „nicht kommentieren“, sagt eine Sprecherin.

GETRÄNKEINDUSTRIE

Einwegsteuer statt Dosenpfand

Getränkehersteller und Einzelhandel wollen der Bundesregierung vorschlagen, eine Steuer auf Einwegflaschen und Getränkedosen einzuführen. Die neue Steuer soll das Dosenpfand ersetzen. Ihren Vorschlag wollen die Initiatoren, darunter der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE), die Handelsketten Aldi, Edeka und Tengelmann sowie die Getränkehersteller Nestlé und Coca-Cola, an diesem Montag der Bundesregierung unterbreiten. Finanzminister Eichel stellen sie jährliche Einnahmen von 1,5 Milliarden Euro in Aussicht. Durchschnittlich würden auf jede Einweg-Getränkeverpackung 10 Cent Steuer erhoben. Die Regelung, so der Vorschlag, könne schon zum 1. Oktober 2003 in Kraft treten. Mit ihrer Initiative will die Industrie Investitionen vermeiden, zu denen sie das Dosenpfand zwingt – bis zum Herbst soll der Einzelhandel Rücknahmeautomaten aufstellen. Der Vorschlag einer Einwegsteuer dürfte bei Umweltexperten und Gewerkschaften auf Zustimmung stoßen. Erst vor einigen Wochen schlug die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten eine Einwegabgabe als Ersatz für das Dosenpfand vor, ebenso wie zuvor der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung. Im Unterschied zu einer Steuer darf der Staat die Mittel aus einer Abgabe aber nicht behalten, sondern muss sie zum Nutzen der Abgabepflichtigen wieder ausgeben. Die Initiatoren der Einwegsteuer spekulieren nun darauf, dass es der Bundesregierung schwer fallen dürfte, auf Steuereinnahmen zu verzichten, die die Betroffenen selbst vorschlagen.

Leere Getränkedosen vor dem Bundesrat in Berlin

BERND SETTNIK / DPA